

Konrad Ott

Jahresabschluss DIE LINKE Kreis Ludwigsburg

14. Dezember 2018

Staatsarchiv Ludwigsburg

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Genossinnen und Genossen
Kolleginnen und Kollegen,
liebe Freundinnen und Freunde,
meine Damen und Herren!

Alternative für soziale Gerechtigkeit „DIE LINKE“

Die Gründung der „**Wahlalternative für soziale Gerechtigkeit**“ WASG war für mich der Anlass, mich politisch in einer Partei zu engagieren und später dann auch bei der LINKEN Mitglied zu werden.

Die Welt ist aus den Fugen.

Statt Völkerrecht und Verhandlungen riskieren Trump und seine Verbündeten eine weltweite Eskalation von Gewalt. Der Kampf um Einflusszonen der Großmächte tobt als Wirtschaftskrieg, kalter Krieg und auch die heißen militärischen Auseinandersetzungen nehmen zu.

Die Kriege werden nicht im Auftrag von Menschenrechten und der Demokratie geführt.

Es sind politische Gründe, Profitinteressen und zunehmend auch religiöse oder ethnische Konflikte.

2018 ist voll von historischen Ereignissen.

200 Jahre Karl Marx

100 Jahre Ende des 1. Weltkrieges

-Novemberrevolution

-Frauenwahlrecht

-8 Stundentag

-Stinnes- Legien- Abkommen, 100 Jahre „Sozialpartnerschaft“

das war die **Bittere Ernte** an Zugeständnissen der Herrschenden um die Revolution abzuwürgen.

Wer den 1. Weltkrieg wirklich verstehen will muss auf dessen Anfang blicken.

Hier liegen die beunruhigende Parallelen zu heute.

Warum werden Menschen des Friedens überdrüssig?

Die Welt verschleuderte 1914 eine internationale Ordnung, die Europa nach dem Ende des deutsch-französischem Krieges 1871 eine der längsten Friedensphase seiner Geschichte bescherte.

Derselbe Überdruß macht sich heute wieder breit.

Erst wenn man das desaströse Ergebnis von 1918 mit den nationalistischen Träumen und Illusionen von 1914 kontrastiert wird deutlich, wie schnell eine vermeidlich stabile Weltordnung kollabieren kann.

Auch heute sind Menschen für solche Fantasien anfällig.
Ein Donald Trump oder ein Brexit wäre ohne diesen Impuls nicht zu erklären

Auch heute träumen die Nationalpopulisten weltweit vom kurzen Prozess, vom abschütteln der Zwänge, vom großen, nationalen Aufbruch

Ob zuletzt Brasilien, Italien, Österreich, Ungarn, Polen und nicht zuletzt die AfD hier bei uns.

Nach Millionen Opfern war die Umwälzung geglückt.
Monarchien waren kollabiert, das vor dem Krieg stabile internationale Wirtschaft- und Finanzsystem war ruiniert, die alte Ständegesellschaft war am Ende.

Der wahre Sieger in den folgenden zwei Jahrzehnten war der Faschismus, weil er die im Krieg entfesselnden Instinkte am besten befriedigte.

70 Jahre Menschenrechtserklärung:

Vor 70 Jahren verabschiedeten die Staaten der Welt die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.
Anlass zum Feiern gibt das Jubiläum kaum.

**„Die Würde der Menschen wird angetastet, jeden Tag,
überall,
auch in Deutschland“**

Deutschland ist kein Musterschüler bei der Einhaltung der Menschenrechte.

Der Sozialausschuss der Vereinten Nationen verurteilte das Hartz IV-Regime und die daran anhängigen Sanktionen

Das Deutsche Institut für Menschenrechte kritisiert schwere Ausbeutung insbesondere von Migrantinnen und Migranten in Deutschland und die Gefährdung von Menschenrechten weltweit auch durch die deutsche Rüstungsexportpolitik.

Es ist höchste Zeit, dass die Menschenrechte endlich zum echten Referenzpunkt für die Politik werden.

Abrüstung:

Deeskalation ist das Gebot der Stunde.

Auch Deutschland spielt mit in diesem Konzert und plant die Ausgaben für Militär.

Bis 2030 sollen 130 Milliarden für Waffensysteme ausgegeben werden.

Die Welt rüstet weiter auf,

die Rüstungsausgaben weltweit betragen laut Sipri fast 400 Mrd.

Die Nato und die Europäische Verteidigungsunion, die im Herbst beschlossen wurde, haben das Ziel die Militärhaushalte in diesen Staaten auf 2% des Bruttoinlandprodukts zu erhöhen.

Für Deutschland bedeutet das rund 75 Milliarden, das ist fast eine Verdoppelung.

Die Steuergelder, die hier in Waffen und Aufrüstung verpulvert werden, brauchen wir dringend für die soziale Infrastruktur in unserer Gesellschaft.

Für Wohnung, Bildung, Pflege, Gesundheit, Rente und und und...

Mit Hurra in die Europäische Verteidigungsunion und ich frage mich,

wo bleibt die Europäische Sozialunion?

Europa, Traum und Alptraum ist die Frage?

Wenn sich nichts ändert ist es ein Alptraum!

Die Europäische Union muss eine Gemeinschaft der Bürger sein, nicht der Banken und der Militärs.

Ihr Betriebssystem ist die Demokratie,
ihre Zukunft soziale Gerechtigkeit.

Nur ein soziales und gerechtes Europa ist auch ein demokratisches Europa, das den Interessen all seiner Bürger verpflichtet ist,
denen der armen und reichen Bürger,
denen der starken und schwachen Bürger.

Wenn das Realität wird ist Europa ein Traum!

„Die Stärke eines Volkes misst sich am Wohl der Schwachen“ so steht es in der Schweizer Verfassung.

Das ist eine gute, eine wichtige zukunftsweisende Devise, für die sich zu streiten lohnt.

Also streiten wir für ein soziales und gerechtes Europa!

Ein Gespenst geht um in Deutschland - das Gespenst der sozialen Gerechtigkeit!

Ja, die Beschäftigung ist auf einem Höchststand.

Vor allem wegen der Explosion von Leiharbeit, Niedriglöhnen und Werkverträgen!

Ja, die Einkommen sind gewachsen.

Aber während die oberen 10 Prozent in den letzten Jahren ein dickes Plus verzeichnen, ist die Kaufkraft der unteren dreißig Prozent gesunken!

Und ja, das Netto-Geldvermögen in Deutschland liegt bei runden 6 Billionen Euro, 6 000 Milliarden, ohne Immobilienvermögen.

Das reichste Zehntel der Gesellschaft besitzt mehr als die Hälfte davon, während die untere Hälfte so gut wie leer ausgeht!

Wohnen als Grundrecht

Hinzu kommen explodierende Mieten und steigende Abgaben!
Der Wohnungsmarkt ist sowohl Ausdruck wie Treiber der sozialen Spaltung.

Sich arm wohnen wird bis in die mittlere Einkommensklasse hinein zu einer Beschreibung von urbanem Leben.

Etwa eine Millionen Wohnungen fehlen in Deutschland.

Deutschland ist ein Mieterland im internationalen Vergleich. 55% aller Haushalte wohnen zur Miete

Die Entwicklung der Mieten von 1993 bis 2013 ist erschreckend. Für das untere Fünftel der Haushaltseinkommen stieg der Anteil, den sie vom Nettoeinkommen für Wohnkosten ausgeben mussten, von 27% auf 39%.

Für das obere Fünftel ist es von 16% auf 14% gesunken.

Im unteren Einkommensfünftel sind 77% der Haushalte betroffen.

Im oberen hingen nur 35%

(DGB Klartext Nr 38/2018, Studie der Humboldt-Universität und vom University Center in London)

Wohnen ist ein zentrales Grundrecht wie Gesundheit, Nahrung, Kleidung.

Art. 13 GG gewährleistet das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung.

(Die Unversehrbarkeit der Wohnung wurde bereits in §140 der Paulskirchenverfassung von 1849 geschützt.

Art.16 der Europäischen Sozialcharta,

Art. 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention,
Art. 7 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union...)

Wohnen steht für Sicherheit, Schutz vor dem Außen.
Wohnung ist eine wichtige Voraussetzung für Teilhabe an der
Gesellschaft.

**Die Wohnungsfrage ist eine der dringlichsten Fragen unserer
Zeit,
auch bei den anstehenden Kommunalwahlen im kommenden
Jahr.**

Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen!

Wirtschaft, Einkommen und Vermögen in Deutschland wachsen.
Die Gerechtigkeitslücke wächst noch schneller!

Sie ist keine Schimäre, sondern bittere Realität!

Jetzt ist eine Politik der solidarischen Umverteilung angesagt!
Gerecht geht anders!
Das wissen wir und das muss endlich zum Maßstab der Politik
werden.

Bei unserem Kampf für Verteilungsgerechtigkeit und Solidarität
wissen wir die Mehrheit der Menschen an unserer Seite.

**Mehr als 20 Prozent der Bevölkerung sind heute von Armut
oder Ausgrenzung betroffen.**

Arbeit war einst Quelle von Wohlstand für viele.

Heute ist sie Quelle von Armut für immer mehr.

Ich frage:

Wie sollen junge Menschen ihr Leben aufbauen, wenn alles unsicher ist?

Wer keine feste Beschäftigung vorweisen kann, der kriegt doch nicht mal einen Kredit bei der Sparkasse!

Nein! Niedriglöhne, Leiharbeit und Werkverträge sind keine Merkmale einer modernen Wirtschaft.

Sie sind ein sozialstaatlicher Skandal.

Deshalb:

Besser statt billiger!

Nein zu Sozialdumping in den Betrieben und her mit der Guten Arbeit für alle!

Und, bei aller Freude über mehr Arbeitsplätze:

Vergessen wir unsere arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht!
Hartz IV hat versagt!

Es hat nicht Beschäftigung gefördert – sondern Armut und Niedriglöhne.

„Solidarisches Grundeinkommen“, „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ Abschaffung von Hartz IV...

In den letzten Wochen ist eine Diskussion über das Hartz IV System entfacht worden.

Es ist längst überfällig, dass sich die Politik der Langzeitarbeitslosen stärker annimmt.

Die diskutierten Vorschläge, das „solidarische Grundeinkommen“ schaffen aber Hartz IV nicht ab.

Es hat auch nichts mit dem „bedingungslosen Grundeinkommen“ zu tun.

Es geht um „Teilhabe am Arbeitsmarkt“ für Langzeitarbeitslose, denen über öffentlich geförderte Beschäftigung Perspektiven am Arbeitsmarkt eröffnet werden sollen.

Unsere Kritik an Hartz IV gilt daher weiter:
Die Regelsätze sind zu niedrig,
die Zumutbarkeitsregeln und die Sanktionen sind
hochproblematisch.

Ich sage: Arbeitslose haben ihren Job verloren, nicht ihre sozialen Bürgerrechte!

Wir fordern Teilhabe am Arbeitsmarkt und Leistungen, von denen man leben kann.

Und wir sagen: Weg mit Zumutbarkeitsregeln, die Arbeitslose in prekäre Arbeit ohne Rechte zwingen können.

Auch Arbeitslose haben ein Recht auf Gute Arbeit!

Alles andere ist Willkür – und das passt nicht zu einem demokratischen Sozialstaat!

Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen,

Zum 1. Juli sind die Renten gestiegen, auch 2019 steigen sie kräftig.

Das ist gut so!

Aber lassen wir uns nicht täuschen:

Der Sinkflug des Rentenniveaus ist programmiert.

Vielen droht ein Absturz im Lebensstandard oder Altersarmut!

Die Rente mit 67 ist noch Realität und

schon schwadronieren Arbeitgeber und konservative Politiker von der Rente mit 70!

Mir fehlen die Worte –
diese Forderung ist absurd, dumm und töricht!

Ich sage:

Schon die Rente mit 67 war eine der größten sozialpolitischen Fehlentscheidungen in der Geschichte!

Die Altersgrenzen sollten verschoben werden,
aber nicht nach oben, sondern nach unten!

Und lassen wir uns nicht einreden, Rentenkürzungen und
höhere Altersgrenzen dienen dem Schutz der Jungen.

Schützen wir die Jungen vor den falschen Jugendschützern.

Wer die Alterssicherung privatisiert,

spielt nicht der nachwachsenden Generation, sondern
Arbeitgebern und Versicherungskonzernen in die Hände.

Die einen verdienen sich eine goldene Nase und die anderen
müssen der Versorgungslücke hinterhersparen –
ohne Arbeitgeberbeteiligung und mit den Unwägbarkeiten der
Finanzmärkte.

Wir sagen, nicht mit uns!

Sicherheit im Alter ist zu wichtig, um sie den Zockern auf den
Finanzmärkten zu überlassen.

Wir wollen eine verlässliche Rentenversicherung, auf die sich alle
Generationen verlassen können –
auch und vor allem die Jungen!

Und in die alle einzahlen:

auch Selbstständige, Freiberufler, Beamten und Politiker!

Deshalb:

- Rauf mit dem Rentenniveau;
- runter mit der Lebensarbeitszeit
- Wer 45 Jahre eingezahlt hat, muss mit 63 ohne Rentenabschläge in Rente gehen können
- und her mit der Erwerbstätigenversicherung

Das steht für Generationengerechtigkeit –
und darauf stehen wir!

Kolleginnen und Kollegen!

Apropos Gerechtigkeit –

sie wurde in den letzten Jahren auch in der Krankenversicherung mit Füßen getreten.

Arbeitnehmer - Arbeitgeber, Halbe - Halbe!

Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung wird jetzt als sozialpolitische Wohltat der Groko gefeiert.

Das war längst überfällig und ist gut so.

Alles andere ist unsozial

Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen,

Zukunftsvorsorge in der Region Stuttgart heißt vor allem:

ökologische Industriepolitik.

Der Transformationsprozess hat bereits begonnen.

Die „Elektro-Mobilität“ aber auch die Digitalisierung markieren große Herausforderungen.

Unsicherheit und Zukunftssorgen greifen um sich.

Viele fragen:

Was und wie produzieren wir morgen und übermorgen?

Werde ich da noch dabei sein?

Und vor allem:

Werden auch unsere Kinder in der Region noch Arbeit und Zukunft finden?

Für mich steht fest:

Zu lange wurde die ökologische Modernisierung verschleppt, zu lange wurden Probleme verschleiert.

Und zu zaghaft werden die Zukunftsaufgaben angepackt.

Nicht in den Werkshallen und Büros, sondern in der Vorstandsetagen!

Weder Mensch noch Natur dürfen auf der Strecke bleiben.

Die Automobilindustrie mit ihrer Wertschöpfungskette ist das Rückgrat der deutschen Industrie.

Die Region Stuttgart und der Kreis Ludwigsburg ist besonders betroffen.

Sind die Weichen richtig gestellt, dann werden die Beschäftigten mit ihrem Wissen und ihrem Engagement eine neue Erfolgsstory schreiben.

Noch immer wird viel, ja sehr viel Geld verdient.

Diese Gewinne müssen in den Strukturwandel fließen.

Um die Verbrenner zu optimieren und neue Wertschöpfungsketten der E-Mobilität in Deutschland zu etablieren;

Wer nur Renditen und Dividenden im Blick hat, der hat die Belegschaften und uns als LINKE zusammen mit der IG Metall zum Gegner.

Wer aber Zeit und Geld in neue Produkte, neue Verfahren und neue Mobilitätskonzepte investiert;

und wer dabei die Mitbestimmung stärkt und die Beschäftigten mitnimmt, dem reichen wir die Hand.

Kurzum:

„Ja“ zum ökologischen Umbau - aber „Nein“ zu Arbeitsplatz- und Sozialabbau!

Und: Hände weg von der Mitbestimmung!

Lasst mich zum Schluss kommen.

Aber seien wir ehrlich:

Endet unser Blick nicht zu oft am Gartenzaun der eigenen Sorgen?

Ja, es geht um den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Armut und Gerechtigkeitslücken bei uns – selbstverständlich!

Aber es geht auch um die Überwindung einer Wirtschaftsordnung, die die Welt in Menschen mit und ohne Lebenschancen teilt.

Die acht reichsten Personen der Welt besitzen mehr Vermögen als die untere Hälfte der Menschheit!

In Afrika droht eine humanitäre Katastrophe.

20 Millionen Menschen sind akut vom Hungertod bedroht.

In einem dramatischen Appell hat sich der UN-Generalsekretär Guterres an die Weltgemeinschaft gewandt.

5,6 Mrd. werden benötigt, doch bisher ist nur ein Bruchteil zusammengekommen.

Die Welt schaut der Tragödie zu.

Ich erinnere an Willi Brandt.

Die Nord- Südkommission, die in den 70er Jahren Entwicklungshilfe zur Selbsthilfe formulierte:

„Wenn wir die Probleme der dritten Welt nicht lösen, kommen die Probleme zu uns.“

Die Flüchtenden aus Afrika sind heute da.

Liebe Genossinnen und Genossen, Kolleginnen und Kollegen!

Ein „Imperium der Schande“ –

so hat der Ex-UN-Berichterstatter Jean Ziegler diese Weltordnung genannt.

Und genau das ist sie:

Ein Imperium der Schande!

Damit muss Schluss sein!

Es geht um eine Weltwirtschaftsordnung, in der alle Menschen eine Lebensperspektive haben, ganz gleich, wo sie geboren wurden.

Nicht Menschenwürde und internationale Solidarität, sondern dieser Finanz-Kapitalismus, der Menschen verachtet und die Natur zerstört, ist ein Irrtum der Geschichte.

Und deshalb wird es höchste Zeit, dass er von der historischen Bühne abtritt.

Je früher – desto besser!

Gute Arbeit, soziale Demokratie und globale Solidarität –
Herkules-Aufgaben allesamt!

Manchmal fragt man sich:

Wer soll das alles durchsetzen, wer hat die Kraft und den Mut?

Darauf gibt es nur eine Antwort:

Wir!

Ein soziales Mosaik-Bündnis der Solidarität.

Diesen Kampf werden wir führen müssen, den wird uns niemand abnehmen.

Für eine Gesellschaft, in der Solidarität, Menschlichkeit und Demokratie nicht immer wieder gegen die Profit- und Machtinteressen gesellschaftlicher Minderheiten durchgekämpft werden müssen.

Eine Gesellschaft jenseits der Zwänge des heutigen Kapitalismus.

Ein altes Ansinnen, gewiss;
aber zugleich das aktuellste, das ich kenne.

Der Kapitalismus war nicht der Anfang der Geschichte und wird nicht das Ende der Geschichte sein.

**Lasst mich mit Karl Liebknecht schließen,
"Das unmögliche zu wollen,
ist die Voraussetzung dafür,
das Mögliche zu schaffen."**

Herzlichen Dank